

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 19.03.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Nicolai Adler
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck
Frau Susanne Kleinekathöfer

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Phyllis Bollgönn
Herr Klaus Feurich-Tobien
Herr Thomas Krause
Herr Dominik Schnell

FDP

Frau Irene Binder

Die Partei

Herr Marcelo Ruiz

Parteilose Mitglieder

Herr Carsten Strauch

Beratende Mitglieder

Herr Cemil Yildirim
Herr Dr. Michael Schem

Bürgernähe (Beratendes Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW)

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anja Dörrie-Sell

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Katrin Köppe	Dezernat 3
Frau Tanja Möller	Leiterin Umweltamt
Frau Friederike Hennen	Umweltamt
Frau Larissa Knappe	Umweltamt
Herr Adam Marek	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Frau Ina Trüggelmann	Umweltamt
Herr Dirk Cremer	Gesundheitsamt

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt
-------------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er weist auf die Pairing-Vereinbarung zwischen der CDU und der SPD-Fraktion hin.

Herr Schnell teilt mit, dass der TOP 9 „Bielefelder Klimabeirat“ vorgezogen und nach TOP 3 beraten werde.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 13.02.2024

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 13.02.2024 wird genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Schutz des Baumbestandes im Bereich Herderstraße, hier: Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung

Die Mitteilung ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1

Bielefelder Hitzeaktionsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6988/2020-2025

Herr Schnell berichtet, dass der Vorlage im Seniorenrat, Sozial- und Gesundheitsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss einstimmig bzw. einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt worden sei. Für Nachfragen sei Herr Cremer anwesend.

Herr Ruiz bedankt sich für den Hitzeaktionsplan, er unterstütze diesen sehr. Er fragt nach, ob die sozioökonomische Analyse der Auswirkungen der Hitzewellen und damit eine stärkere Positionierung fehle. Die Positionierung des Themas Armut greife eindeutig zu kurz.

Herr Cremer betont, dass die relative Armut ein wichtiges Kriterium für Gruppen, die von Hitze betroffen sein könnten, sei. Er berichtet von den Ergebnissen in Mannheim. Im Hitzeaktionsplan sei der Fokus auf benachteiligte und hilfsbedürftige Gruppen enthalten, dies werde auch bei der Fortschreibung beachtet.

Herr Heimbeck bedankt sich für die gute und umfangreiche Erstellung des Hitzeaktionsplans, die SPD-Fraktion könnte diesem Rahmenplan mit empfehlendem Charakter zustimmen.

Frau Binder erkundigt sich, wie in Zukunft mit diesem der Orientierung dienenden Rahmenplan umgegangen werde und ob die einzelnen Maßnahmen gesondert zum Beschluss vorgelegt würden.

Herr Adamski führt aus, dass spätestens bei Haushaltsauswirkungen eine weitere Information in den Fachausschüssen folge.

Frau Möller berichtet, dass es bereits im Aufstellungsprozess eine breite Ämterbeteiligung gegeben habe, viele Ämter seien in den Prozess eingebunden gewesen und würden weiterhin beteiligt.

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für die ausführliche Gestaltung des Hitzeaktionsplanes. Das Thema werde alle zunehmend begleiten. Laut Beschlussvorlage stelle dieser Hitzeaktionsplan eine Empfehlung dar. Er fragt nach, wie bindend diese Empfehlung in der Umsetzung und wann mit der Umsetzung der Maßnahmen zu rechnen sei.

Herr Adamski bekräftigt, dass eine Empfehlung eine Empfehlung bleibe. Es müsse im Einzelfall gut begründet und dargelegt werden, warum diese nicht umgesetzt würden. Beispielhaft führt er aus, dass bereits in den Altstadtraum-Auslobungen der Entwurf des Hitzeaktionsplan berücksichtigt worden sei. Weiterhin erläutert er, dass der Hitzeaktionsplan ein Schlüssel für Fördermittel sei.

Herr Cremer geht auf die Nachfrage zum Plan der Umsetzung ein. Mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen sei schon begonnen worden. Es sei auch eine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen worden.

Herr Schnell weist auf den ausliegenden Flyer zu Veranstaltungen der Stadt Bielefeld und Volkshochschule Bielefeld zum Thema Hitzestress hin.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt:

Der anliegende Hitzeaktionsplan (HAP) wird als Rahmenplanung beschlossen und dient fortan als Orientierung mit empfehlendem Charakter.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit des Schwarzbaches im Bereich der Schloßstraße – Vorstellung der Entwurfsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6516/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass der TOP 4.2.1 zusammen mit dem TOP 4.2 beraten werde.

Frau Möller führt aus, dass es sich bei der Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit des Schwarzbaches im Bereich der Schloßstraße um eine Maßnahme aus dem Umsetzungsfahrplan der Wasserrahmenrichtlinie handele. Sie führt die Historie, den Sachstand und besonders den Verlauf in den politischen Gremien strukturiert aus.

Sie erläutert die Einschätzung der Verwaltung zum Vorschlag des Mühlenvereins. Vergleichend stellt sie den Vorschlag des Mühlenvereins dem der Verwaltung anhand der Kriterien Durchgängigkeit, Hochwasserschutz, Denkmalschutz und Entwässerungswirkung gegenüber. Als Fazit hält sie fest, dass die Verwaltung die vom Mühlenverein vorgeschlagene Möglichkeit aus fachlichen, fachrechtlichen und haushalterischen Gründen nicht weiterverfolgen werde. Sie bittet im Namen der Verwaltung um die Beschlussfassung gemäß der Vorlage mit der Drucksachenummer 6516/2020-2025.

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für die Ausführungen. Er erläutert, dass er bereits im Februar schon abstimmungsbereit gewesen sei. Hier habe es jedoch seitens der Bezirksvertretung Dornberg noch Beratungsbedarf gegeben. Diesem sei nachgegangen worden. Seitens der Verwaltung seien sämtliche Alternativvorschläge geprüft worden, auch der letzten Aufforderung der Bezirksvertretung, nach Alternativen zu schauen, sei entsprochen worden. Nicht zuletzt habe sich auch der Naturschutzbeirat der Verwaltungsvorlage angeschlossen und bestätigt, dass diese Variante vernünftig umsetzbar sei. Er betont, dass besonders das Gebiet der Feuchtwiesen schützenswert und nicht durch eine andere Maßnahme zu gefährden sei. Auch, wenn sich die Bezirksvertretung Dornberg noch nicht abschließend zu der Vorlage verhalten habe, sehe er, dass der Verwaltungsvorlage heute zugestimmt werden könne. Die Anregungen der Bezirksvertretung seien ausreichend geprüft und verworfen worden.

Herr Heimbeck bedankt sich für die Stellungnahme von Frau Möller. Er schließt sich der Meinung an, die Sachlage sei klar. Die Bezirksvertretung Dornberg habe die Vorlage der Verwaltung nicht abgelehnt, sondern geschoben. Für die SPD-Fraktion sei eindeutig, dass die angemessenste Version der Vorschlag der Verwaltung sei, diesem schlossen sie sich an.

Frau Steinkröger führt aus, dass das Thema heute zu einem Ende gebracht werden solle. Grundsätzlich sei sie eine Vertreterin des Denkmalschutzes, hier sehe sie jedoch ein, dass die Priorität auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu legen sei. In Bezug auf die Erhaltung der Feuchtwiese vertraue sie auf die Einschätzung der Ingenieure. Somit sei sie bereit, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Strauch erläutert, dass alles gemacht worden sei. Er könne den Reiz verstehen, die Mühle in den alten Zustand zu bringen. Hier sei jedoch aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen sowie aus Gründen des Hochwasserschutzes eindeutig, dass die Entscheidung alternativlos sei. Auch er würde der Verwaltungsvorlage heute zustimmen.

Herr Adamski bekräftigt, dass die vorliegende, finale Variante die bestmögliche Lösung darstelle. Er betont, dass die Anliegen der Mühlenbetreiber und des Mühlenvereins sehr ernst genommen worden seien, die Vorschläge seien intensiv geprüft worden. Er bedankt sich bei der Politik für das Vertrauen.

Auf Nachfrage von Herrn Strauch bestätigt Herr Adamski, dass es bei ernsthaften Absichten technische Lösungen für einen Schaubetrieb geben würde.

Herr Ruiz führt aus, dass er das Vorhaben, die Vorlage zu beschließen, unterstütze.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, die ökologische Durchgängigkeit am Schwarzbach im Bereich der Schloßstraße gemäß der als Anlage beigefügten Entwurfsplanung umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2.1 Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit des Schwarzbaches im Bereich der Schloßstraße – Vorstellung der Entwurfsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6516/2020-2025/1

Hinweis der Schriftführung:

TOP 4.2.1 wurde zusammen mit TOP 4.2 beraten. Die Protokollführung erfolgte unter 4.2.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7143/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Folgendes Gremium hat seine Arbeit beendet und wird nun formell aufgelöst:

- **Arbeitsgruppe zur Förderung der städtischen Klimaschutzziele und des Klimaschutz-Handlungsprogramms**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Veröffentlichung des ersten Nachhaltigkeitsberichts der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7489/2020-2025

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für den vorliegenden Bericht und die investierte Arbeit. Er fragt nach der Perspektive.

Herr Ruiz regt an, ob die Aspekte der Armutsquoten und sozialen Ungleichheit zukünftig mit aufgegriffen werden könnten.

Herr Heimbeck bedankt sich. Die Dokumentation und der Überblick seien wichtig. Der bittere Beigeschmack sei, dass zu langsam gehandelt würde.

Frau Reher geht auf die Anmerkungen und Nachfragen ein. Die sehr umfangreiche Berichterstattung werde nicht jährlich wiederholt werden, dies sei in diesem Maße nicht sinnvoll. Es sei ein Überblick und eine Bündelung über viele Themen der Stadtverwaltung geschaffen worden. Gegen Ende

des Jahres werde die Evaluation beginnen. Im Laufe des nächsten Jahres werde ein Abgleich mit den bestehenden Strategien erfolgen. Bei Bedarf werde eine Nachjustierung erfolgen.

Zur Nachfrage von Herrn Ruiz greift sie den Lebenslagenbericht auf. Sie stimmt der Aussage von Herrn Heimbeck zu.

Frau Dr. Bollgönn fragt nach, ob durch den Nachhaltigkeitsbericht eine Priorisierung erfolge und ob dieser dafür Sorge, dass alles Mögliche getan werde, um den Modal Split in die richtige Richtung zu verschieben.

Herr Adamski bekräftigt, dass er sicher sei, dass die Politik die entsprechenden Prioritäten aus dem Bericht für Beschlüsse und weitere Definierungen der Aufträge ableite.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8

Vorstellung der Rufbereitschaft Umweltunfälle

Herr Schnell begrüßt Frau Knappe, Mitarbeiterin des Umweltamtes als Vortragende.

Frau Möller leitet zu dem Vortrag über. Frau Knappe werde einen kurzen Überblick über die Aufgaben und die Ereignisse, die sich im Rahmen der Rufbereitschaft ergäben, geben.

Frau Knappe als Koordinatorin für die Rufbereitschaft stellt die Rufbereitschaft Umweltunfälle vor.

Hinweis der Schriftführung:

Der Vortrag ist anhand der Präsentation nachzuvollziehen. Diese ist über das Ratsinformationssystem einsehbar.

Die Mitglieder bedanken sich für den informativen Vortrag.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erläutert Frau Knappe, dass nach dem Abstreuen einer Ölspur eine Straßenreinigung veranlasst werde. In Bielefeld werde in der Regel ein abbaubares Bindemittel eingesetzt.

Das Umweltamt sei für die Veranlassung von sofortigen Folgemaßnahmen, die den Schutz der Umwelt betreffen, zuständig. Die Feuerwehr sei in Abgrenzung hierzu für die direkte Gefahrenabwehr zuständig.

Herr Gladow bedankt sich für die regelmäßig stattfindenden Vorträge im Ausschuss.

Frau Knappe führt aus, dass die Alarmierung nachts und in der Regel auch tagsüber über die Feuerwehr erfolge.

Auf Nachfrage von Frau Rammert erläutert Frau Knappe, dass die Kosten durch die Verursacherin/ den Verursacher getragen würden (hier i.d.R. über Versicherungen). Befinde sich ein/e Verursacher/in beispielsweise im Krankenhaus oder sei im schlimmsten Fall verstorben, würden die Kosten

zunächst von der Stadt getragen und im Nachgang würde nach einer verträglichen Lösung gesucht. Auch dies gehöre zu der Aufgabe der Koordination.

Frau Möller gibt den Hinweis, dass die Kolleginnen und Kollegen in Einzelfällen in Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft als Zeuginnen/Zeugen geladen und befragt würden. Die 18 fachtechnischen Kolleginnen und Kollegen nähmen die Aufgaben der Rufbereitschaft über ihre reguläre Arbeit hinaus freiwillig wahr, die Dienstzeit werde verrechnet.

Auf Nachfrage von Herrn Strauch führt Frau Knappe aus, dass es in den letzten fünf Jahren durchschnittlich 60 bis 65 Einsätze pro Jahr über die Alarmierung der Feuerwehr gegeben habe, bei denen die Rufbereitschaft vor Ort gewesen sei. Über andere Wege würden etwa gleich viele Einsätze erfolgen. Somit würden durchschnittlich zwei bis drei Einsätze pro Woche erfolgen, diese würden teilweise fünf bis sechs Stunden dauern.

Weiterhin führt sie auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien aus, dass die Zuständigkeit ab dem Austritt von wassergefährdenden Stoffen vorliege. Die akute Gefährdung bestehe in der Regel bei einmaligen Ereignissen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9 Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 9.1 Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Herr Dr. Schem berichtet über die letzte Sitzung des Klimabeirats am 06.03.2024. Die Umsetzung der DGE-Standards in der Schul- und Kita-Verpflegung, das Konzept für die Umsetzung des Projektvorschlages „GießkannenheldInnen“, die Umwidmung der Fördermittel Billigkeitsrichtlinie für die Dämmungsförderung und die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Umstellung der Wärmeversorgung seien thematisiert worden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9.2 Umwidmung der Fördermittel Billigkeitsrichtlinie für Dämmungsförderung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7535/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt,

- die noch nicht verausgabten oder gebundenen Mittel aus der Billigkeitsrichtlinie i. H. v. 273.155,79 Euro für das Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung bei der Dämmung des Daches bzw. der obersten Geschossdecke („Dämmung“) zu verwenden,
 - das Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Photovoltaikanlagen („Photovoltaik“) nicht erneut zu öffnen sowie
 - das Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung bei der Optimierung von Heizungsanlagen („Heizung“) zum 31.03.2024 einzustellen.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, dass die Verwaltung die Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Dämmung des Daches bzw. der obersten Geschossdecke vom 09.11.2022 basierend auf den bisherigen Erfahrungen optimiert und zum Beschluss in der nächsten Sitzung vorlegt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.3

Bürger*innen bei Umstellung der Wärmeversorgung unterstützen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7536/2020-2025

Herr Feurich-Tobien erkundigt sich nach der Verstetigung der Beratung ab 2025. Er bittet um einen kurzen Sachstand zur Kommunalen Wärmeplanung in der nächsten Sitzung.

Herr Adamski sagt zu, diesem Wunsch gerne in der Sitzung am 23.04.2024 nachzukommen.

Frau Reher berichtet über die Varianten der Fortführung. Für eine weitere Entscheidung solle die Entwicklung bis zum Sommer abgewartet werden. Zu gegebener Zeit sei ein Bericht hierüber geplant. Im Haushalt seien keine weiteren Mittel eingestellt.

Herr Dr. Kulinna fragt nach, ob in der Beschlussvorlage verschiedene Entscheidungsvarianten aufgeführt würden.

Frau Möller führt hierzu aus, dass die geplante Berichtserstattung die Grundlage für eine weitere Vorgehensweise bilde. Durch die politische Steuerung sei dann eine Akzentuierung möglich.

Herr Adamski ruft die Rede des Stadtkämmerers in Erinnerung. Stellen ohne KW-Vermerk oder Rückfinanzierung würden nicht berücksichtigt werden. Die Schwerpunktsetzung nach der Vorstellung des Haushaltsplans im August sei politische Aufgabe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna führt Herr Adamski weiter aus, dass es in der Sitzung am 23.04. keine Beschlussvorlage, sondern einen Sachstandsbericht geben werde.

Herr Dr. Kulinna fragt weiter nach, welche Konsequenzen die Umsetzung in Landesrecht habe.

Frau Reher erläutert, dass die Umsetzung bis Mitte des Jahres und keine große Überraschung zu erwarten sei.

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für die gute Umsetzung des von ihnen gestellten Antrages.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 10 **Bericht aus dem Naturschutzbeirat**

Über die letzte Sitzung des Naturschutzbeirates am 06.02.2024 wurde bereits berichtet.

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.
